

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Loucheurs Reparationsplan.

London, 6. April. (WTB.) Dem Besuch Loucheurs in England wird im Zusammenhang mit dem von ihm unternommenen Versuch zur Herbeiführung einer

Regelung der Reparationsfrage

weiter große Beachtung geschenkt. Es wird heute bestätigt, daß Loucheur nicht nur Unterredungen mit Lloyd George und Bonar Law gehabt hat, sondern auch mit führenden Bankiers und Industriellen. Der frühere französische Minister ist auch mit dem britischen Schatzkanzler und dem Präsidenten des Handelsamtes zusammengelommen. Die Berliner Berichterstatter der wichtigsten Londoner Blätter wie „Times“ und „Daily Telegraph“ haben jedoch in Telegrammen hervor, daß der in der gestrigen Berliner Abendpresse veröffentlichte, Loucheur zugeschriebene Plan in Deutschland ungünstig aufgenommen worden ist und in den meisten Fällen rundweg verworfen wird. Zum Beweis dafür werden ablehnende Stimmen rechtsstehender sowie liberaler Berliner Blätter angeführt.

Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette“, der den Besuch Loucheurs auf eine mögliche

Neuorientierung der französischen Politik

und auf den Wunsch Frankreichs zurückführt, von neuem mit England bei der Regelung des Ruhrproblems zusammenzuwirken, betont, daß die deutsche Regierung, die den Argwohn habe, daß der Plan Loucheurs nichts als eine Falle sei, um das Rheinland unter französischer Kontrolle zu behalten, von einer Neutralisierung und Internationalisierung des Rheinlandes oder einer Ueberwachung durch den Völkerbund, der als unter französischem Einfluß stehend angesehen werde, nichts wissen wolle. Sie sei jedoch bereit, Garantien dafür zu geben, daß weder die Eisenbahnen noch die Fabriken für militärische Zwecke gebraucht werden, vorausgesetzt, daß Frankreich ähnliche Garantien auf seiner Seite der Grenze gebe. Da Frankreich nichts Derartiges tun wolle, scheine der Loucheursche Plan die Frage nicht vorwärts zu bringen. Lloyd George sei jedoch unzweifelhaft „von der Idee gebissen“, daß eine Art von Entmilitarisierung im Rheinland und im Ruhrgebiet durchgeführt werden könne, die der französischen Forderung nach Sicherheit Genüge tun könne, und man werde wohl darüber mehr in naher Zukunft hören, wenn Lloyd George die Möglichkeit habe, eine neue Rede über die Ruhrfrage im Unterhaus zu halten.

In einer Unterredung mit dem Finanzkorrespondenten des „Daily Telegraph“ in Paris hat Loucheur vor kurzem seinen Plan für die

Bezahlung der deutschen Schuld

dargelegt. Loucheur erklärte, seiner Ansicht nach würde dieser Plan die Liquidierung der deutschen Schuld erleichtern, den deutschen Finanzen Stabilität geben und den Handel ermutigen. Zu allererst müsse Deutschland den moralischen Mut haben, eine drohende Finanzoperation durchzuführen, die in der Abschaffung der augenblicklichen Währung bestehe, indem 100 Mark auf den nominellen Wert von beispielsweise ein oder zwei Centimes herabgesetzt würden, und dann müsse

ein neues und gesundes Geldsystem

das alte ergänzen und die neue Währung in Goldparität festgesetzt werden. Mit gesundem Gelde könne man beginnen zu verhandeln. Es werde für das Deutsche Reich notwendig sein, eine Politik gesunder Finanzen anzunehmen. Sodann müsse die Einfuhr auf das unbedingt Notwendige beschränkt werden, damit die kommerzielle Lage zugunsten der Ausfuhr ausschlage und so die finanzielle Lage stärke. Eine Reihe von Anleihen könne ausgegeben werden, die durch Eisenbahnen, Kanäle, Zölle und andere Methoden geeigneter Deckung garantiert würden. Eine Kommission oder Körperschaft Sachverständiger würde von den Alliierten ernannt werden, um die Durchführung des Planes finanzieller und wirtschaftlicher Reformen zu überwachen. Die alliierte Finanzberatung des Reiches würde Deutschland helfen, sich finanziell wiederherzustellen und seine Schulden zu bezahlen, ohne dadurch ruiniert zu werden. Deutschland könne, wenn die Vorschläge Loucheurs angenommen würden, etwa 150 Millionen Pfund jährlich zahlen, ohne ruiniert oder übermäßig belastet zu werden. Zum Schluß bestand Loucheur nochmals auf der unbedingten Notwendigkeit, die augenblickliche Währung abzuschaffen, bevor man irgendeine der von ihm vorgeschlagenen Operationen vornehme. Zuerst müsse gesundes Geld da sein. Dann würde die Grundlage vorhanden sein, auf der man bauen könne.

Englische Widerstände.

Paris, 6. April. (G.E.) Der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris“ meldet, daß die Pläne Loucheurs in der Reparationsfrage in den Mittelungen des „Daily Telegraph“ nicht vollkommen genau wiedergegeben worden seien. In gut informierten englischen Kreisen erklärte man, daß Bonar Law der Schaffung eines rheinischen Staates, der von Preußen losgelöst sei, nicht „vollkommen begeistert“ gegenüberstehe. Die Amerikaner würden nicht zulassen, daß die Schulden der Alliierten von Deutschland übernommen würden. In deutschen Kreisen von London werde der Reparationsplan des „Daily Telegraph“ abgelehnt. Loucheur erklärte sich von seinem Aufenthalt sehr befriedigt. Man nehme in London vielfach an, daß Loucheur

der Erbe Poincarés

sein werde, der die Entente durch eine gemeinsame Politik gegenüber Deutschland wiederherstellen würde. Dem Londoner Vertreter der Havas-Agentur erklärte Loucheur, daß die Mittelungen des „Daily Telegraph“ seinem Standpunkt nicht vollkommen entsprächen. In englischen Kreisen, erklärt der Havas-Korrespondent, behauptete

Ministerium Branting zurückgetreten.

Stockholm, 6. April. (WTB.) Das Kabinett Branting hat seine Demission eingereicht, führt aber auf Ersuchen des Kronprinzenregenten vorläufig die Geschäfte weiter. Der König, der gegenwärtig in Nizza weilt, ist von dem Rücktritt des Kabinetts telegraphisch verständigt worden.

man, daß Bonar Law in verschiedenen Punkten mit Loucheur nicht übereinstimme. Insbesondere nicht über die Schaffung einer rheinischen Republik.

Amerikanische Ablehnung.

London, 6. April. (WTB.) Wie der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ heute hervorhebt, findet der Gedanke der Uebertragung der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten von den Schultern Frankreichs und anderer Länder auf die Schultern Deutschlands in amerikanischen Kreisen nicht den geringsten Anklang.

Der belgische Standpunkt.

Paris, 6. April. (G.E.) Der „Matin“ behauptet, daß die Pläne, die in Belgien entwickelt wurden, sich vielfach dem Gedanken der „französischen Sachverständigen näherten“. Die Belgier seien immer der Anschauung gewesen, daß man es nicht Deutschland überlassen solle, ein Reparationsprogramm vorzulegen, sondern daß Frankreich und Belgien jeden Augenblick in der Lage sein sollten, ihre Gedanken in der Reparationsfrage auszusprechen. Der Plan der französischen Sachverständigen sei allerdings vom Ministerrat noch nicht erwogen worden. Aber man wisse bereits, daß Frankreich einer Verminderung der deutschen Schuldsumme zustimme. Die Summe von 50 Milliarden Goldmark sei oft genannt worden. Diese Summe würde von Frankreich nicht abgelehnt werden unter der Bedingung, daß es selbst nicht weniger als 26 Milliarden erhalten würde. Die Ausgabe internationaler Anleihen werde von der französischen Regierung zugelassen. Die Räumung der besetzten Rheinlande könnte erfolgen, wenn Frankreich alle notwendigen Garantien erhalte, d. h. wenn ein vollkommen entmilitarisiertes rheinisches Staat geschaffen würde, der auch einen Teil des Ruhrgebiets umfassen müßte. Eine internationale Polizei müßte geschaffen werden. Die Brückentöpfe müßten im Besitz der französischen Truppen während der im Versailleser Vertrag vorgesehenen Frist verbleiben. Der Standpunkt Loucheurs stehe also nicht vollständig im Widerspruch mit dem der Regierung Poincaré. Aber es wäre besser gewesen, wenn Loucheur es der gegenwärtigen Regierung überlassen haben würde, in dem ihr geeignet erscheinenden Augenblick mit Reparationsplänen hervorzutreten.

Internationale Sozialistenkonferenz.

Bregenz, 6. April. (Eigener Drahtbericht.) Das Fernerkomitee setzte gestern seine Beratungen fort, an denen auch die inzwischen eingetroffenen Genossen Crispin und Wallhead teilnahmen. Die Konferenz beendete die Beratung der Geschäftsordnung zum Hamburger Weltkongreß und beschloß sodann die Statuten der sozialistischen Arbeiterinternationale, die dem Hamburger Kongreß vorgelegt werden sollen.

Am Nachmittag trat das Fernerkomitee zusammen, das von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, der Londoner Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft zur Untersuchung der ökonomischen Wirkungen der Friedensverträge eingesetzt worden war. Es waren anwesend: für Amsterdam: Thomas, Jouhaug und Jimmen; für London: De Brouckere, Shaw und Wels; für Wien: Wallhead, Braße (an Stelle Blums) und Adler (an Stelle Otto Bauers). Thomas führte den Vorsitz. Es lag ein umfangreicher Bericht über die Lage der deutschen Arbeiterschaft vor. Shaw berichtete über Verhandlungen zwischen den Parlamentsfraktionen Frankreichs, Belgiens, Englands und Italiens mit der deutschen Sozialdemokratie sowie über die darauf folgenden Besprechungen. De Brouckere und Wels ergänzten den außerordentlich wertvollen Bericht der Gewerkschaftsinternationale, der eine Darstellung des gesamten Materials über die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Arbeiterschaft enthält. Das Komitee beschloß, dieses Material durch Veröffentlichung des Berichtes den breitesten Kreisen zugänglich zu machen.

Unsicherheit an der Börse.

Die Berliner Börse sah sich bei Eröffnung des Geschäftes überraschenderweise einem größeren Angebot von Effekten gegenüber, so daß die Tendenz auf den meisten Märkten zunächst ziemlich schwach war. Die Geldmarktlage hat infolge der großen Devisenläufe der Industrie und des Einfuhrhandels wesentlich an Flüssigkeit eingebüßt. Die Berichte über die Reise Loucheurs nach London, sowie die Erörterungen über Verhandlungen usw. veranlaßten die Berufsspekulation zu weiteren Realisationen. Auch die ungünstigen Berichte über den Beschäftigungsgrad der Industrie und die zunehmende Arbeitslosigkeit wurden viel beachtet. Es kommt dazu, daß diejenigen Publikumskreise, die seit der letzten großen Hausse auf teuer erworbenen Effekten festsaßen, bei den jetzt erreichten Kursen beginnen, ihren Besitz einzuschränken. Das Angebot war deshalb auch gerade an den Märkten am größten, die an den letzten Börsentagen die kräftigsten Kurssteigerungen aufwiesen. Im weiteren Verlaufe kam die rückläufige Bewegung der Kurse auf den meisten Märkten zum Stehen. Verschiedentlich schritt die Spekulation sogar wieder zu Rückkäufen.

Gemeindewahlen in Preußen.

Von H. Haas, M. d. L.

Seit Monaten schreien die Deutschnationalen und die Kommunisten nach Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen. Trotdem es erst in diesem Frühjahr vier Jahre werden, daß die heutigen Gemeindevertretungen gewählt wurden — im rheinischen besetzten Gebiet sogar erst im November d. J. — hat sich unsere Partei niemals gegen Neuwahlen gestraubt. Genosse Severing, als Minister des Innern, hat schon bei den Staatsberatungen im Frühjahr 1922 erklärt, ohne Rücksicht auf die Fertigstellung der Städte- und Landgemeindevorordnungen sollen die Wahlen im April 1923 vorgenommen werden. Als dann Anfang Dezember 1922 das Preussische Staatsministerium die Entwürfe der Städte- und Landgemeindevorordnung dem Landtage vorlegte, merkten unsere Genossen recht bald, daß es den Deutschnationalen und den Kommunisten gar nicht darauf ankam, möglichst bald die Entwürfe zu beraten und zu verabschieden, sondern nur Neuwahlen zu bekommen. Beide glauben, ein späteres Parlament würde für die Gestaltung der Gemeindeverfassungsgesetze in ihrem Sinne günstiger sein. Den Deutschnationalen sekundierten die Volksparteier, zum Teil auch die Demokraten, wenn auch aus etwas anderen Gründen.

Unsere Genossen drängten auf Fertigstellung der neuen Gesetze, um dann auf Grund dieser die Wahlen vorzunehmen. Außerdem führten sie aus, daß die Verhältnisse im Westen Deutschlands Neuwahlen nicht ermöglichen. Das Zentrum verteilte den gleichen Standpunkt. Nachdem Mitte Februar die Fraktionen zu der Angelegenheit Stellung genommen hatten, waren alle Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, der Meinung, daß Neuwahlen vor dem Herbst 1923 nicht möglich seien. Um aber nach außen zu zeigen, daß man auch gewillt sei, dann die Neuwahlen vorzunehmen, einigte man sich, sofort in die Beratung eines Gesetzes zur vorläufigen Regelung der Gemeindewahlen einzutreten. In mehreren Sitzungen eines Unterausschusses wurde ein solches Rotgesetz entworfen und nach eingehender Beratung verabschiedet.

Im § 1 des Gesetzes heißt es: „Die Gemeindevertretungen der Städte und Landgemeinden sind bis zum 30. November 1923 neu zu wählen.“ Nach der Aussprache im Ausschuß ist damit zu rechnen, daß die Neuwahlen am Sonntag, den 25. November, stattfinden. Wahlen können alle reichsdeutschen Männer und Frauen, die am Wahltag mindestens 6 Monate im Gemeindegebiet wohnen. Gewählt werden kann jeder Wahlberechtigte, der das 25. Lebensjahr vollendet hat. Die halbjährige Wohnpflicht haben alle bürgerlichen Parteien gegen unsere Genossen beschlossen. Die Deutschnationalen wollten für die Wählbarkeit sogar eine Frist von 12 Monaten.

Da kein Mensch weiß, wie lange der Kampf am Rhein und an der Ruhr noch dauert, so ist im § 2 die Bestimmung aufgenommen worden, daß die durch die feindlichen Maßnahmen aus dem besetzten Gebiete Verdrängten in ihrer Heimat sowie in dem Orte, wo sie sich am Wahltag aufhalten, wahlberechtigt und wählbar sind. Als Legitimation erhalten sie einen Wahlschein. Unter Verdrängten sind nicht allein die Ausgewiesenen zu verstehen, sondern auch Arbeiter, die infolge der feindlichen Maßnahmen arbeitslos werden und nach einer anderen Stadt des besetzten oder unbesetzten Gebietes ihren Wohnsitz verlegen.

Ebenso brauchen Gemeindevorsteher, Abgeordnete der Bürgermeisterei- und Amtsverfassungen und unbesoldete Beigeordnete, wenn sie nach dem Verhältniswahlssystem gewählt sind und durch feindliche Maßnahmen ihr Amt nicht ausüben können, ihr Amt nicht niederzulegen, sondern an ihre Stelle tritt für die Zeit der Verhinderung der Erbsamman.

Ueber die Anzahl der Stadtverordneten bestimmt der § 4 wie folgt:

Die Zahl der Stadtverordneten muß mindestens 11 betragen. Die Grundzahl kann durch Ortslage erhöht werden:
bis zu 15 000 Einwohner für jede ansehnlichen 1 000
bei mehr als 15 000 bis 30 000 „ „ weiteren 2 000
„ „ 30 000 „ 60 000 „ „ 3 000
„ „ 60 000 „ 300 000 „ „ 10 000
„ „ 300 000 „ „ 15 000

um je einen Stadtverordneten, aber nicht über 100 hinaus.

Nach diesem Paragraphen ergibt sich für die einzelnen Städte folgende Anzahl der Stadtverordneten:

Bei einer Einwohnerzahl von	Bei einer Einwohnerzahl von
1 000 .. 12 Stadtverordnete	60 000 .. 44 Stadtverordnete
2 000 .. 13	100 000 .. 48
3 000 .. 14	200 000 .. 58
5 000 .. 16	300 000 .. 68
10 000 .. 21	400 000 .. 75
15 000 .. 26	500 000 .. 82
25 000 .. 31	600 000 .. 88
30 000 .. 34	700 000 .. 95
40 000 .. 38	780 001 .. 100
50 000 .. 41	

Nach den bisherigen Bestimmungen war die Höchstzahl der Stadtverordneten 144. Im Interesse der Arbeit und der Ersparnisse war eine Verminderung dringend erwünscht. Da das Gesetz auf die Stadtgemeinde Berlin keine Anwendung findet, bleibt es hier bei dem bisherigen Zustand.

Ueber das Nachrüden der Ersatzmänner bringt das Gesetz eine wesentliche Neuerung. Im § 8 heißt es:

„Die Reihenfolge, in der die Bewerber zu berufen sind, kann durch die Mehrheit der noch wahlberechtigten Unterzeichner des Wahlvorschlages geändert werden. Die Änderung muß dem Gemeindevorstand bis zum Ablauf von zwei Wochen nach Erledigung der Stelle mitgeteilt werden. Dasselbe gilt, wenn die Wahl eines einzelnen Gemeindevorsetzers für ungültig erklärt ist.“

Diese Bestimmung macht dem heutigen Zustande, indem es vorkam, daß ein Ersatzmann nachrückte, der nicht mehr der Partei angehörte, von der er gewählt worden war, ein Ende. Sollte eine Partei für jeden Gewählten einen bestimmten Ersatzmann wünschen, so kann sie einen derartigen Vorschlag durch die Unterzeichner des Wahlvorschlages direkt nach der Wahl dem Gemeindevorstand mitteilen. Trotzdem die Parteien in der Praxis die Entscheidungen fällen werden, ist eine sorgfältige Auswahl der Unterzeichner des Wahlvorschlages doch am Platze.

Die §§ 9 und 10 bestimmen, daß gleichzeitig mit der Wahlzeit der Gemeindevertretungen auch die Wahlzeiten der unbefoldeten Magistratsmitglieder (Beigeordneten), Gemeinde-(Kirchspiels-, Dorf- und Bauernschaf-) Vorsteher, sowie der unbefoldeten Schöffen endet. Ebenso müssen im Rheinland die Bürgermeistereiverfassungen und in Westfalen die Amtsversammlungen neu gewählt werden. Zum ersten Male werden die Vertreter zu den Bürgermeistereiverfassungen und Amtsversammlungen direkt und nach dem Verhältniswahlssystem gewählt. Diejenigen Gemeinden, die nur einen Vertreter zu wählen haben, sind zu Wahlbezirken so zu vereinigen, da jeder Wahlbezirk mindestens zwei Vertreter zu wählen hat. Die bisherige Anzahl sowie die Vertretung der Gemeindevorsteher in der Bürgermeisterei- oder Amtsversammlung bleibt bestehen.

Die Rechtsparteien und die Kommunisten wollten festlegen, daß die jetzigen Gemeindevertretungen überhaupt keine Stellen mehr besetzen könnten. Alles sollte den neuen Gemeindevertretungen überlassen bleiben. Unsere Partei verlangte als einzige vollständige Freiheit bei der Befetzung der Stellen. Beschlossen wurde, daß die Wahlzeit der besoldeten Bürgermeister, Magistratsmitglieder (Beigeordneten), Gemeindevorsteher und Schöffen, die nach Inkrafttreten des Gesetzes ihr Ende erreichen würde, erst sechs Wochen nach dem Neuwahlabschluß. Werden neue Stellen dieser Art geschaffen oder stirbt der jetzige Inhaber, so können die Stellen nur mit Zweidrittelmehrheit besetzt werden.

Die Bestellung eines Landbürgermeisters in der Rheinprovinz und die eines Amtmannes in Westfalen kann in der Zukunft auch nur dann erfolgen, wenn zwei Drittel der Gemeinde-, Bürgermeisterei- oder Amtsvertretungen sich dafür aussprechen. Eine Bestellung oder Wahl auf Lebenszeit gibt es nicht mehr, sondern nur noch auf zwölf Jahre. Ebenfalls ist die öffentliche Wahl dieser Personen in der Provinz Schleswig-Holsteins beseitigt.

Das Notgesetz bringt gegenüber dem jetzigen Zustand manche vorteilhafte Änderungen. Es gilt nunmehr, die Klendierungen auch in die neue Städte- und Landgemeindeordnung hineinzuarbeiten und vor allen Dingen, diese Gesetze fertig zu machen. Vier Jahre nach der Revolution ist es endlich Zeit, daß die neuen Verfassungsgesetze (Landgemeinde-, Städte-, Kreis- und Provinzialordnung) sowie ein großes Verwaltungsgesetz, das eine Neuregelung der Kompetenzen und Einfügung der Selbstverwaltung in die staatliche Organisation bringt, geschaffen werden.

Das kommunistische Durcheinander.

Die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der kommunistischen Partei, muß sich wegen ihrer Haltung zum Essener Blutbad von der Zentrale der Partei öffentlich wie ein Schulbube abtanzeln lassen. In ihrer heutigen Morgenausgabe veröffentlicht sie eine Erklärung des „Politischen Bureaus der Zentrale der KPD.“, in der es unter anderem heißt:

Sinfonie der Arbeit.

Von Erich Gripar.

In den dumpfen Takt niederfallender Hämmer hinein fällt das Rattern der Rietmaschinen. Mit gewaltiger Last poltert ein riesiger Kran durch die Halle. Ein Surren. Die Last sinkt herab. Sanft auf die Erde. Kettengeräusch. Aus proffendem Feuer ein Zischen, unterstrichen vom Bahz der brummenden Presse. Bohrmaschinen jubeln und des Knarren schwerfälliger Sägen vereint sich mit den schwellenden Tönen zu gewaltiger Sinfonie, die in stolzen Tugenden den Weg sucht zu Ohren schaffender Menschen. Deren Stimme erstirbt in den brausenden, klagenden, jubelnden, singenden Tönen des viestimmigen Instruments: Fabrik, das regiert wird von erhabentem Meister: Arbeit!

Nun verebben die Löne. Ertrinken im Schweigen. Irgendwo fiel ein Riemen von seiner Welle. Klatschend, wie wenn ein Rotenblatt umschlägt. Menschen richten sich auf. Blicke zum Himmel, der eltsch gekreuzigt fällt durch die Fenster, und trinken sein Licht. Begierig.

Stimmen des Stannens verschluckt das Riefengebäude oder wirft sie nochhöfend zurück. Minutenlang. Stille.

Ein Rotor springt an mit seltsamem Heulen. Hundert Augen verlieren den Glanz, der sie füllte, und saugen sich fest an Maschinen. Von draußen fährt wieder der Kran in die Halle mit riesiger Last. Die Erde lönt, den Raum füllt Brausen. Eine Taktpause nur unterbroch das gewaltsame Tönen der Sinfonie. Woll klingen wieder ihre Akkorde.

„Freuden eines Theaterabonnenten“. Auf die von einem Leser erhobenen Beschwerden, die mir vor kurzem unter diesem Titel veröffentlichten, sendet uns die Direktion der Großen Volksoper eine Erwiderung, die sich im wesentlichen auf folgende Punkte bezieht:

Bei Abholung der Abonnementsplätze für die Zeit Januar-April wurde von den Abonnenten des 3. Ranges eine Vorauszahlung von 650 M. gefordert, was einem Vorstellungsbeitrag von 150 M. entsprach. Die Mitglieder der Volksbühne mühten für den Monat Dezember einen Vorstellungsbeitrag von über 400 M. zahlen. Es ist nicht richtig, daß die Abonnementsplätze bei der Volksoper höher sind als die gleichnamigen Ranges der anderen beiden Opernhäuser. Wir erhoben folgende Abonnementsbeiträge (3. Rang): Januar 400 M., Februar 600 M., März 900 M. Im Deutschen Opernhaus kostete der 3. Rang im Abonnement: Januar 530 M., Februar 650 M., März 1200 M. In der Staatsoper der 3. Rang: Januar 635 M., Februar 1095 M., März 1500 M. — In keinem unserer Prospekte ist ausgeführt, daß das rechtzeitige Erheben der Abonnementsbeiträge uns gestattet hat, günstige und preiswerte Materialeinkäufe usw. zu machen. In einem Rundschreiben vom November 1922 haben wir lediglich unseren Aktionären mitgeteilt, daß wir uns mit Borräten in Kostümkoffen, Dekorationen usw. eingedeckt haben, um der Geldentwertung

„Statt diese schamlose Provokation der Franzosen ganz eindeutig als Provokation der französischen Besatzungsbehörden zu bezeichnen und die gesamte deutsche Arbeiterschaft zum einmütigen Protest und — wenn möglich — gemeinsamen Abwehrkampf gegen den französischen Ueberfall aufzurufen, untersucht die „Rote Fahne“ lediglich die Schuldfrage. Es ist richtig, daß die deutschen Faschisten Zusammenstöße mit den französischen Imperialisten zu provozieren versuchen. Die Partei kämpft gegen die deutschen Faschisten mit aller Kraft. Unsere Genossen in Essen haben bei der Krupp-Befehung die faschistischen Provokationen niehergekämpft; das bedeutet aber nicht, daß sich die Kommunisten gegenüber den Provokationen der Politik Poincarés passiv verhalten müssen. Unsere Genossen im Ruhrgebiet haben recht gefast, daß sie die Initiative ergriffen haben für die Proklamierung eines 24-stündigen Proteststreiks gegen diese Provokation des raubgierigen französischen Imperialismus. Der Kampf gegen Poincaré an der Ruhr muß mit aller Schärfe geführt werden. Der Kampf gegen Cuno wird nicht zuletzt deshalb von uns mit aller Schärfe propagiert, weil die bourgeoise Cuno-Regierung unfähig ist zum entschiedenen und entscheidenden Abwehrkampf gegen den französischen Imperialismus.“

Es ist bemerkenswert, daß diese vom 3. April datierte Erklärung der Zentrale erst drei Tage später in der „Roten Fahne“ zur Veröffentlichung gelangte. In dieser Zeit füllte das saubere Blatt, statt sich durch die ihm von der Zentrale verabsolgte Ohrfeige zur Vernunft bringen zu lassen, seine Spalten mit wüsten Beschimpfungen und Verleumdungen der Sozialdemokratie. Auch jetzt lacht die „Rote Fahne“ ihren Arbeiterverrat durch eine Schimpfkanonade gegen uns vergessen zu machen. Dieses Bemühen wird um so weniger Erfolg haben, als durch die Erklärung der Zentrale erwiesen ist, daß die „Rote Fahne“ nicht einmal ihre eigene Parteileitung hinter sich hat.

Ein demokratischer Mahner.

Hamburg, 6. April. (Eigener Drahtbericht.) In der Demokratischen Partei in Hamburg sprach am Donnerstagabend der bekannte demokratische Politiker Frhr. v. Richthofen, der bemerkenswerte Ausführungen über die Ruhrbesetzung und ihre politische Wirkungen machte. Richthofen ging davon aus, daß die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth die Voraussetzung für das Kabinett Cuno gewesen sei. Durch diese Erfüllungspolitik sei die äußere Lage für uns günstiger gewesen. Trotzdem müsse man sich vor der Schönfärberei, die z. B. vom Reichswirtschaftsminister Beder betrieben werde, hüten. Richthofen ging dann dazu über, die Frage der Beendigung der Ruhrkrise zu erörtern. Er erklärte, daß die Gefahr vorliege, daß der Kampf in das nationalistische Fahrwasser gerät. Das Ziel der deutschen Politik müsse nicht ein „Sieg“ sein, sondern die wirtschaftliche und politische Existenz des deutschen Reiches zu erhalten. Von diesem Ziel dürfe sich die Regierung nicht abdrängen lassen, selbst wenn sie durch Nachgiebigkeit unpopulär werden sollte. Es sei für Frankreich unmöglich, sich geschlagen aus dem Ruhrgebiet zurückzuziehen. Es müsse also eine Lösung gefunden werden, die das französische Prestige wahre. Hier liegt eine Unklarheit in der Politik Cunos, die Entscheidung sei einzig zwischen Deutschland und Frankreich selbst zu suchen. Richthofen schloß mit dem Hinweis, daß die Zeit der Erfüllungspolitik noch lange nicht vorüber sei.

Die wandernde Fraktion.

Als die Dreimänner-Fraktion Wulle-o. Grasse-Henning ins Leben trat, hatte sie zunächst ihren Platz auf der äußersten Rechten. Da sich das Trifolium zunächst durch lebhaftes Zwischenrufen bemerkbar machte, die von den Stenographen irrtilmlicherweise den Deutschen zugeworfen wurden, protestierten diese und die „Fraktion“ wurde vom Reichstagsdirektor bei Nacht und Nebel hinter die Deutsche Volkspartei verschoben. Aber auch diese zeigte sich über den Zuwachs nicht erbaut; es bogelte abermals Vermehrungen und, auf die christliche Nächstenliebe spekulierend, verfrachtete Herr Direktor Dungeheim die drei wilden Männer hinter den Blähen des Zentrums.

Trotz zu bieten. — Dem Gründungsweck der Volksoper, dem kunst-hungrigen Volke für billige Eintrittspreise gute Operndarstellungen zu bieten, haben wir in jeder Beziehung entsprochen. Rund 45 Proz. der uns zur Verfügung stehenden Plätze stehen der Volksbühne Berlin zur Verfügung. — Es ist auch nicht richtig, daß die letzten Abteilungen zugunsten der ersten Abteilungen hintanziehen müssen. Es findet keine Bevorzugung irgendeiner Abteilung in bezug auf Premieren und Qualitätsbesetzungen statt. — Was die angeblich mangelhafte Platzanweisung im Theater anbelangt, so sind genügend Bogenschleier vorhanden, und jeder Platz ist deutlich gekennzeichnet. Wenn das Publikum zu spät kommt und dadurch den Anfang des Stückes hört, so liegt das nicht an der Volksoper. — In der Einladung zu dem erwähnten Ball war nicht vom Frad, sondern vom Gesellschaftsanzug die Rede.

Demgegenüber weist der Beschwerdeführer darauf hin, daß der 3. Rang der Großen Volksoper in zwei Gruppen (Balkonplätze und Rangplätze) zerfällt und der Abonnementspreis für die beiden ersten Reihen 1200 M. (nicht 900 M.) im März betragen habe, daß ferner in der Großen Volksoper für die Garderobenablage eine besondere Gebühr erhoben und daß eine mehrmonatliche Vorauszahlung der Abonnementsgelder verlangt werde. Aus diesen Gründen stellten sich die Abonnementspreise der Großen Volksoper höher als die für die entsprechenden Plätze in den beiden anderen Berliner Opernhäusern. Die mangelhafte Platzanweisung aber habe ihren Grund darin, daß teilweise eine Doppelnumerierung der Reihen und Plätze bestehe, die zu vielen Irrtümern führe. So sei die 3. Reihe im 3. Rang als „3. Rang, Reihe 1“ (im Gegensatz zum 3. Rang-Balkon, Reihe 1) bezeichnet und die Nummerierung der einzelnen Plätze beginne von neuem. Außerdem stimme die Nummerierung auf den aushängenden Orientierungsplänen mit der tatsächlichen Nummerierung nicht überein.

Wir hoffen, daß mit diesen beiden Erklärungen die Debatte geschlossen werden kann.

Eine Alpenreise von mannigfachen Reizen können die Zuschauer in der Urania unternehmen. Dabei wird München als Ausgangspunkt genommen, für das die Alpennähe mitbestimmend für seine eigenartige Kultur war. Noch heute, obwohl die bayerische Hauptstadt Großstadt ward, ist der Hochländer in ihr daheim. Ihre Entwicklung ist eine durchaus großzügige. Ludwig I. (König) hoben es ja stets leicht zu bauen) wurde sich selbst Erfüller so mancher geräumter Bauwunder. Aber erst die Revolution erschloß diese Kunstschätze der ganzen Welt. München ist ein Museum. Daher wurde es auch die Stadt der Fremden. Ebenso ist es die Stadt der Bierindustrie, die allerdings unter Krieg und Nachkriegswirungen stark zu leiden hatte und hat. Das Bier brachte die Demokratisierung der Gesellschaft mit sich. — Ingenieur Seydel, der Führer durch München und Begleiter auf der Alpenreise war, sprach mit einem für norddeutsche Empfinden zu großem Schuß Ueberchwänglichkeit. Der begeisterte Alpinist hätte offenbar am liebsten seinen Rod ausgezogen, um noch unbengter, noch eindringlicher von der Schönheit der Alpenwelt reden zu können. Ein reiches Bildermaterial bot viel Interessantes. Doch waren die Bilder zusammengewürfelt, schwarze Lichtbilder wechselten mit farbigen, und dazwischen lag ein Film, der

Doch auch das Zentrum zeigte kein Verständnis und drohte, den Saal nicht zu betreten, solange die Drei nicht entfernt. So sind sie nach mancher Irrfahrt wieder auf der rechten Außenseite angekommen. ...

Die Beerdigung der Essener Opfer.

Essen, 6. April. (WZ.) Die Beerdigung der bei dem Zwischenfall in der Krupp'schen Gießhahlabrik Getöteten findet Anfang der nächsten Woche statt.

Abordnung der Krupp-Arbeiter beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident empfing gestern nachmittag Herrn Krupp von Bohlen und Halbach und heute vormittag den Betriebsrat der Krupp-Werke zu Besprechungen über die Essener Vorgänge und die dadurch geschaffene Lage.

Das Saargebiet unter Frankreichs Druck.

Saarbrücken, 6. April. (WZ.) Die „Saarbrücker Zeitung“ ist von gestern abend 6 Uhr bis zum 12. April einschließlich verboten worden. Als Grund wird die Veröffentlichung eines Artikels in der heutigen Nummer angegeben, in dem ein amerikanischer Journalist und Hilfsdelegierter vom Amerikanischen Roten Kreuz seinen Eindruck über die Vorfälle in den Krupp-Werken schildert.

Die Bilanz der Ruhraktion.

Das französische Verkehrsministerium hat vor einigen Tagen durch Havas außerordentlich optimistische Zahlenangaben über den Abtransport von Ruhrkohle gemacht und unter anderem erklärt, daß zurzeit sieben Transportstellen für Koks funktionierten und die Koksversorgung der französischen Hochofenindustrie in Kürze ausreichend in Gang kommen werde. Wie WZ. dazu erfährt, sind die von dem französischen Verkehrsministerium veröffentlichten Zahlen weit übertrieben. Nach den von deutscher Seite gemachten Feststellungen beträgt die im Februar und März d. J. nach Frankreich gegangene Gesamtmenge an Koks höchstens 18 000 Tonnen. An eine regelmäßige Belieferung Frankreich mit Koks, wie sie das französische Verkehrsministerium hinzustellen beliebt, ist jedenfalls nicht zu denken, da auch die Zahl der Abtransportstellen sich auf höchstens drei beläuft. Um den Erfolg der vom französischen Verkehrsministerium getroffenen Maßnahmen zu kennzeichnen, wird im übrigen darauf hingewiesen, daß „Journée Industrielle“ vom 16. März selbst von einer Einschränkung des Hochofenbetriebes bis zu 70—80 Proz. spricht.

Die französischen Werbungen in Deutschland.

In der von uns angeschnittenen Frage französischer Werbungen in Berlin meldet eine hisige Korrespondenz: Wie feststeht, haben französische Werber in den letzten 14 Tagen mit allen Mitteln versucht, deutsche Eisenbahnbeamte und -arbeiter für die von ihnen betriebenen Bahnlmnen in der Ruhrrevier zu gewinnen. Die Agenten haben, um ihre Tätigkeit zu verschleiern, Bureaus unter harmlos klingenden Namen eröffnet und dann auf einzelnen Bahnhöfen und Dienststellen Zutritt zu erlangen gesucht, um dort unter den verlockendsten Versprechungen Leute zu finden, die bereit sind, den deutschen Kollegen in den Rücken zu fallen. In einigen Fällen hatten sich Eisenbahner bereitgefunden, das Handgeld in Franken anzunehmen und den Werbern zu folgen. Aber schon auf der Fahrt nach dem Westen sind die Angeworbenen fast ohne Ausnahme durch Ueberwachungsbeamte aus den Zügen herausgeholt und den zuständigen Behörden übergeben worden. In Berlin selbst dürfte die Kriminalpolizei dem Treiben der Werbezentralen aller Wahrscheinlichkeit nach sehr bald ein Ende machen. Die deutschen Eisenbahner-Gewerkschaften haben jetzt selbst ein Ueberwachungssystem geschaffen, um überall dort, wo französische oder belgische Werber auftauchen, die Eisenbahner selbst über die ihnen drohenden Gefahren aufmerksam zu machen und die Festnahme der Werber selbst zu veranlassen.

Von der Münchener Polizei wurden der Schriftsteller Franz von Püttkammer und dessen Bruder, ein ehemaliger Offizier, aus politischen Gründen in Haft genommen.

wiederholt die Stimmung unshön zerriff, da seine Vorführung gerade nicht hervorragend war oder man im Parkett zu nahe sibt. e. b.

Von der Universität. Ende dieses Monats beginnen die Vorlesungsverzeichnisse, das früher stets am Ende des vorangehenden Semesters bereits vorlag, noch nicht erschienen. Das bedeutet eine starke Beeinträchtigung für das Studium aller derer, die im kommenden Sommer von auswärts die Berliner Universität beziehen wollen, und ebenso derjenigen, die evtl. von Berlin aus im Sommer auf eine andere Hochschule gehen. Denn sie müssen sich unterrichten können, od Spezialvorlesungen, die sie nötig haben, im Sommer in Berlin gehalten werden. Die Universitätsbehörde sollte dafür sorgen, daß das Verzeichnis wieder rechtzeitig herauskommt.

Ende der Lynchgerichte? Seit geraumer Zeit schon hat sich die Mehrzahl der nordamerikanischen Staaten gegen die grausame Volksjustiz ausgesprochen; immer aber sehen die Südstaaten einem Einschreiten gegen die Unschlichter energischen Widerstand entgegen. Durch die Statistik erfährt man, daß von den 3436 Lynchungen, die in Amerika in den letzten 30 Jahren vollzogen wurden, nicht mehr als 17 Fälle solche Regter betroffen haben, die sich der Schändung weicher Frauen schuldig gemacht hatten, während 336 Regter aus ganz nichtigen Gründen vom Leben zum Tode befördert wurden. Ueber dies fielen 83 unschuldige Frauen den Lynchrichtern zum Opfer, darunter 17 von weicher Farbe. Diese Feststellungen haben auf die öffentliche Meinung ihren Eindruck nicht verfehlt. Im Repräsentantenhaus ist bereits eine Anti-Lynchungs-Bill eingebracht worden, und man glaubt, daß ein gleicher Entwurf demnächst auch dem Senat zugehen wird. Das Lynchgericht wird in dem Gesetz als verbrecherische Handlung gekennzeichnet, deren Teilnehmer dem ordentlichen Gericht zur Aburteilung wegen Mordes überwiesen werden. Außerdem soll der Gemeinde, auf deren Weichbild das Lynchgericht stattgefunden hat, eine Geldstrafe bis zur Höhe von 10 000 Dollar auferlegt werden.

„Im besetzten Essen.“ Durch ein Versehen ist in dem Spigenartikel der gestrigen Abendnummer eine erläuternde Vorbermerkung ausgefallen, die darauf hinwies, daß dieser Artikel vor den Blättern des Osterfestes verfaßt wurde. Die friedliche, zuversichtliche Stimmung, die aus ihm spricht, ist der beste Beweis für die im allgemeinen nichts weniger als franzosenfeindliche Gesinnung der Essener Bevölkerung und er widerlegt aufs bündigste die gegenteiligen Behauptungen der französischen Militaristen.

Aus Anlaß des Fortbildungskurses für Chorleiterinnen veranstaltete die Zentrale des Deutschen Arbeiterlängerbundes am Sonntag, 6. April, nachmittags 4 Uhr, in der „Bühnenharmonie“, Bernburger Straße, ein Konzert. Ausführende: Paula Weinbaum (Alt), Gemischter Chor Groß-Berlin (Leitung: Valda Hopmann), Sängerkhor „Vormärts-Südost“ (Leitung: Franz Töbe), „Tyrographia“, Gesangsverein Berliner Buchbinder und Schriftsetzer (Leitung: Alexander Weinbaum). Karten sind in beschränkter Anzahl ab 3 Uhr an der Kasse erhältlich.

Uns Nobel zeigt in der Neuen Kunsthandlung, Tauentzienstraße 6, eine Kollektivausstellung seiner Pastelle und Zeichnungen.

Befugungsjustiz.

Die Aussagen zweier Telegraphenarbeiter, die wir vor kurzem veröffentlichten, gaben einen Einblick in das Wirken der französischen „Rechts“-Organe im Ruhrgebiet. Sie zeigten, daß Frankreich zum mittelalterlichen System der Folterkammer zurückgekehrt ist. Unter dem Zeichen des Terrors steht auch das übrige Balten der französischen Befugungsjustiz. Die zahlreichen Urteile, die täglich gefällt werden, im einzelnen zu veröffentlichen, ist unmöglich. Wir greifen zwei Beispiele heraus. Sie dokumentieren denselben Ungeist, der auch die französische Militärmaschine beherrscht.

1. Das französische Kriegsgericht in Berden verurteilte den Nachtwächter Stommel von dem Warenhaus Lühoff in Essen zu einem Monat Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft verbüßt ist, und zu 10000 Mark Geldstrafe. Stommel hatte bei seinem Rundgang nachts 3 Uhr ein Flugblatt am Schaufenster des Warenhauses lese angelegt gefunden. Das Flugblatt war in deutscher Sprache und am Fuße desselben stand in großer Schrift: Lesen und weitergeben. Stommel fachte das abgenommene Flugblatt zusammen, um es zu Hause zu lesen. Das Flugblatt ist ihm nachher auf der Wache abgenommen worden. Die Anklage steht in der Entfernung des Flugblattes eine Störung der öffentlichen Ordnung.

2. Dasselbe Kriegsgericht verhandelte gegen den Eisenbahningenieur Franke und den Hilfsbeizernenten v. Speicher, gegen letzteren in Abwesenheit. Franke hat auf den Befehl v. Speichers einen der Eisenbahndirektion Essen gehörigen Zimmertelefonapparat aus dem Dienstzimmer des Eisenbahndirektionspräsidenten Jahn entzerrt, als dieses Zimmer durch die Franzosen mit Besatzung belegt wurde. Der Staatsanwalt sah hierin ein besonders schweres Vergehen und beantragte eine exemplarische Strafe; er bewarnte, daß die neuen Verordnungen noch nicht anwendbar seien und er nicht 10 bis 20 Jahre Zwangserbitt beantragen könne. Immerhin müsse er die Höchststrafe der alten Verordnung, nämlich 5 Jahre Gefängnis, beantragen. Trotz aller eingehenden Erklärungen des Verteidigers verurteilte das Gericht Franke zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe und v. Speicher in Abwesenheit zu 5 Jahren Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe.

Die Urteile sprechen für sich selbst. Bei dem ersten Fall ist es bemerkenswert, daß der Nachtwächter, dessen „Verbrechen“ es gewesen war, ein Flugblatt zu entfernen, auf dem stand „Lesen und weitergeben“, einen Monat im Gefängnis sitzen mußte, ehe überhaupt gegen ihn verhandelt wurde.

Faschistenkampf in Regensburg.

Regensburg, 6. April. (Z.) Hier ist es gestern abend zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten gekommen, welche das Einschreiten der Landespolizei und der Blauen Polizei veranlaßte. Im Laufe der Auseinandersetzungen wurde der Bahnschreiber Albert Stockl von der Betriebswerkstätte Regensburg durch den Bizehrentmeister und Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei Senn erstochen. Heute vormittag fand eine Sitzung der Gewerkschaftsverbände und der Betriebsräte sowie der Sozialdemokratischen Partei statt, um Beschlüsse anlässlich dieser Vorgänge zu fassen.

Internationale Solidarität.

London, 6. April. (WZ.) Nach einer Meldung der „Times“ aus Wellington beschloß der Kongreß der Arbeiterpartei Neuseelands, im Hinblick auf die durch den kapitalistischen Imperialismus drohenden Gefahren den Versuch zu machen, eine allgemeine Konferenz der Arbeiterparteien des gesamten britischen Reiches zustandzubringen, um im Hinblick auf Englands auswärtige Politik gemeinsam vorgehen zu können. Ferner schloß sich der Kongreß dem Protest der englischen Arbeiterpartei gegen die Ruhrbesetzung an.

Bevorstehende Rede Poincarés.

London, 6. April. (WZ.) Dem Pariser Berichterstatter der „Daily Mail“ zufolge verläßt er in gut unterrichteten Kreisen, daß Poincaré in den allernächsten Wochen Gelegenheit nehmen wird, sich endgültig über die französische Politik gegenüber Deutschland auszusprechen und zwar spätestens bei der Unterbreitung des Regierungsprogramms in der Kammer am 9. Mai.

„Het Volk“ gegen die deutschen Kommunisten

Amsterdam, 6. April. (WZ.) Das Organ der sozialistischen Partei „Het Volk“ wendet sich in einem Leitartikel mit größter Schärfe gegen die deutschen Kommunisten, die sich bei der ersten größeren Schlacht im Ruhrgebiet offiziell zu Verteidigern der französischen Mörder aufstellen. Das Blatt führt aus: In dem System der Unterdrückung ist ein besonderes Element festzustellen, nämlich daß sie von der Mitarbeit einiger der Unterdrückten Gebrauch machen können, die ihnen anscheinend Dienste erweisen und den französischen Machthabern die Einschulung liefern, die sie so dringend nötig haben. Eine solche auf den ersten Blick unsinnige Erzählung, wonach nationalsozialistische Agenten die Arbeiterpartei zu Gewalttätigkeiten gegen die kleine französische Truppenabteilung aufgehetzt hätten, macht in der französischen Presse die Runde, und diese Erzählung ist den kommunistischen Organen im Ruhrgebiet und in Berlin entnommen. Das mörderische Schicksal auf eine Volksmenge, die keine Gewalttat im Sinne hatte, war der französischen Regierung doch unangenehm gekommen. So empfängt sie Hilfe und Rettung aus den Reihen der deutschen Kommunisten. Die einzige Unterstützung, die ihr geboten wird, kommt von den Kameraden der niedergeschlagenen Protestanten.

Kabinettskrise in Schweden.

Stockholm, 6. April. (WZ.) Die Erste Kammer hat spät abends nach einer Debatte, die den ganzen Nachmittag gedauert hatte, den Ausschussantrag, betreffend Direktiven an die Kommission für Arbeitslosenfragen, mit 76 Stimmen gegen 60 abgelehnt. Das Kabinett Branting hatte die Zustimmung der Kammer zu diesem Antrag zur Kabinettsfrage gemacht.

In der Fälschungssache Kuspach ist nunmehr gegen Kuspach Anklage wegen Spionage erhoben worden. Kuspach wird sich vor dem Schwurgericht des Landgerichts III zu verantworten haben. Die Spionage wird darin erblickt, daß Kuspach politische Dokumente, die er fälschlich angefertigt hatte, durch Mittelspersonen an den damaligen französischen Kriegsminister Leclercq verkauft habe. Außer der politischen Affäre Kuspach gegen Kuspach noch ein Verfahren wegen Fälschung von Pfandbriefen, durch die zahlreiche Pfandbriefbesitzer geschädigt worden sind.

Was wird aus Heilstätte Beelitz?

Die Lungenheilstätte Beelitz, Eigentum der Landesversicherungsanstalt Berlin ist schon seit längerer Zeit großenteils unbenutzt. Als Grund gibt man an, daß nicht genug Patienten zur Aufnahme gemeldet werden. Das dürfte Verwunderung erregen im Hinblick auf die Tatsache, daß infolge des Krieges die Zahl der Tuberkulösen zugenommen hat. Aber selbst wenn der angegebene Grund zuträfe, wäre die Heilstätte noch voll auszunutzen. Warum nimmt man keine Privatpatienten auf? Und warum schickt die Landesversicherungsanstalt Berlin jetzt Männer in andere Heilstätten, die ihr selber nicht gehören? Auch auf die schwierige Finanzlage der Landesversicherungsanstalt wird als Grund der Heilstätteneinschränkung hingewiesen. Gewiß, die Erhöhung der Versicherungsbeiträge wird leider noch übertroffen durch die Steigerung der Ausgaben. Ist das aber die richtige Abhilfe, den Kampf gegen die Tuberkulose zu schädigen? Wenn gestraft werden soll, möge man es an geeigneter Stelle tun. Den Betrieb der Heilstätte Beelitz sollte die vorgelegte Behörde sich daraufhin einm. näher ansehen. Bei vollem Betrieb hat ziemlich 20 Jahre hindurch ein Garteninspektor genügt; jetzt aber werden bei eingeschränktem Betrieb trotz Geldmangels zwei Aufsichtsführende bezahlt. Der Garteninspektor wurde nach Rathenaus Ermordung wegen einer sehr bösen Neußerung vom Amt suspendiert, so daß ein Vertreter eingestellt werden mußte. Jetzt ist der Inspektor wieder im Dienst, aber der Vertreter wird neben ihm weiter beschäftigt. Um so besser versteht man an den Gartenarbeitern zu sparen. Mehrere davon sind schon entlassen worden, und noch mehr sollen entlassen werden. Müssen solche Maßnahmen nicht das Personal mit Sorge erfüllen? Schon jetzt ist der Heilstättenbetrieb so eingeschränkt, daß von acht Pavillons vier nur noch teilweise besetzt und zwei bereits leer sind. Ueber 1200 Kranke können die Heilstätte versorgen, sie verrotten aber nicht mehr viel über 700. Von verantwortlicher Stelle ist bereits angedeutet worden, daß bei Fortdauer der finanziellen Notlage man zum Herbst die Heilstätte ganz schließen werde. Man redet und schreibt vom Kampf gegen die Tuberkulose und will eine Lungenheilstätte schließen? Ausgaben erfordert selbstverständlich auch eine unbenutzte Heilstätte noch. Es geht ja auch nicht an, die Gebäude mit all ihren wertvollen Einrichtungen einfach im Stich zu lassen. Wir können aber nicht glauben, daß die Landesversicherungsanstalt Berlin wirklich zur Schließung ihrer Heilstätte schreiten will. Die Rücksicht auf das Wohl der Berliner Bevölkerung fordert, daß dieses Ende verhütet und die Aufrechterhaltung des Betriebes der Heilstätte Beelitz gesichert wird.

Das Gold unter dem Hut.

Eine Diebeskomödie.

Im Februar d. J. saßen der Buchdrucker Gustav Kahel, der Bäcker Karl Deze und ein gewisser Walther auf einer Bank im Park in der Gartenstraße. Das Benehmen der drei jungen Leute fiel einem Kriminalbeamten auf, er ging auf sie zu und stellte sie, weil er annahm, daß sie irgendwelche verbotenen Geschäfte betätigten.

Beim Abführen der drei Leute fiel es weiterhin auf, daß Kahel seinen Hut auf der Bank liegen lassen wollte und sich trotz der Aufforderung des Beamten, den Hut aufzusehen, ohne diesen entfernte. Der Beamte nahm den Hut auf und da gelangte sich, daß unter demselben ein großer Goldbarren lag. Bei keiner Vernehmung behauptete Kahel zunächst, daß er den Goldbarren gefunden habe, schließlich gab er aber zu, daß er von einer Raubhunde Runau drei Goldbarren erhalten hätte, die diese der Goldwarentausstellerei von Levi in der Oranienburger Straße entwendet hätte. Der Inhaber hatte die Runau mit den drei Goldbarren nach einem Geschäft in der Dorotheenstrasse geschickt. Kahel und die Runau hatten sich verabredet, gemeinsam in derselben Geldscheine zu fahnen. Kahel sollte beim Aussteigen das Gold mitnehmen, während die Runau sitzen blieb. Dieses Manöver wurde auch in der verabredeten Weise ausgeführt. Nach dem Aussteigen Kahels hatte dann die Runau ein lautes Geschrei erhoben über die Wegnahme des Wertpaketes durch einen Unbekannten. Der Runau war trotzdem ein Prozeß gemacht worden, sie war aber mangels Beweises einer Mischuld, da damals der Behörde der Zusammenhang noch nicht bekannt war, freigesprochen worden. Nunmehr ist seitens der Staatsanwaltschaft gegen sie das Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet worden. Die beiden anderen Goldbarren hatten Kahel und die Runau gleich zu Geld gemacht, wobei es allerdings zwischen ihnen über die Verteilung der Beute zu Streitigkeiten gekommen war. Das Gericht verurteilte Kahel zu fünf Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft.

Milch per Auto.

An Stelle der allbekannten, mit Pferden bespannten Wagen der Meierei Bolle sind für den Vorortbetrieb bereits 25 Milchautos angeschafft worden. Jedes Auto kostet zwar über 12 Millionen Mark, aber der Betrieb soll sich billiger stellen als mit Pferden. Aber ob mit Pferden, ob mit dem Auto gebracht, billiger wird die Milch nicht. Sie muß also trotz der kleinerwirdenden Klagen der Händler auf Kosten der Konsumenten riesenpreise abwerfen, wenn man gleich einige hundert Millionen in die Beschaffung von Autos hineinstecken kann.

Verbot der freien Müllabfuhr.

Nach dem Dringestich über die städtische Müllbeseitigung ist es den Groß-Berliner Hausbesitzern und Hausverwaltern mit Wirkung vom 1. März 1923 ab verboten, Hausmüll selbst abzuführen oder durch andere Unternehmer abfahren zu lassen. Wer die städtische Abfuhr umgeht, muß, wie es in der neuesten Nummer des Gemeindeblattes vom 1. April heißt, trotzdem die Müllabfuhrgebühr von 1500 Prog. des Gebäudesteuerungswertes bezahlen. Die angesammelten Müllberge werden, wie es weiter heißt, durch die Stadt abgehoben, jedoch nur soweit, als die Ansammlung aus der Zeit nach dem 1. März stammt. Was sich vor dem 1. März ansammelte, konnten die Vermieter selbst beseitigen. Die Abfuhr durch die Stadt hat sich durch das Festhalten von Müllkästen vergrößert. Allein für Neufällen mußten beispielsweise 15 Millionen für nur 230 Kästen bewilligt werden. Ein neuer Entlasten stellt sich also auf über 65 000 M.

Wie der Verbraucher die Preise treibt.

Die Käufer und Verbraucher die Preise selbst in die Höhe treiben, zeigt eine lächerliche Auseinandersetzung von G. Böy. Die legt vom Reichswirtschaftsministerium den Preisprüfungen stellen zur Anwendung mitgeteilt wird. Bei steigendem Teufelskurse läßt der Verbraucher die wirksamste Art der Preisreiderei: die von Mund zu Mund. Weil vielleicht ein Lebensmittel angeht hat, daß die Futter in der nächsten Woche 1000 M. koste, oder weil ein betätigter Preis irgendwas einmal gefordert worden war, so wird er überall, in der Straßenbahn, in der Eisenbahn, zum Standardpreis gestempelt. Ueberall liest man auch nur Spitzengeld oder Phantasiepreise, die so zur Norm werden. Beim Niedergang der Devisenkurse wird überall der Versuch, selbst in gebundener Form, verbreitet: Der Dollar fällt, die Preise steigen. Der Warenbesitzer liest das auch und schließt sich dieser „Stimme des Volkes“ mit Freuden an. Wie es in Wirklichkeit steht, zeigt ein Vergleich

der Preise zwischen Großhandel und Einzelhandel. Protensalmalz kostete am 31. Januar 8400 M., am 8. März 8600 M. Davon hört und liest man aber nichts.

Der Mord an der Stiefmutter.

In dem Stiefmuttermord in der Klosterstraße wird mitgeteilt, daß die beiden Täter Kurt und Max Papke noch nicht ergriffen sind. Dagegen hat sich das Fahrrad, das sie mitraubten, gefunden. Die beiden Mörder sind mit dem Rabe sofort nach der Tat nach Treptow gefahren und haben es dort an einen Mann verkauft. Dieser erkannte es jetzt nach den Ausdeutungen der Kriminalpolizei als das geraubte und meldete sich. Die beiden Mörder, die bei ihrem Verbrechen an der Stiefmutter geradezu behaltlich zu Werke gingen, befinden sich wahrscheinlich noch in Berlin. Im Laufe des heutigen Tages werden auch ihre Lichtbilder an den Aufschlagtaulen erscheinen. In der Klosterstraße waren schon zwei junge Männer, die ihnen ähnlich sehen, von einer Patrouille angehalten worden, konnten aber bald nachweisen, daß sie nicht die Gefuchten sind.

Falsche Reichsbanknoten zu 50 000 Mark.

Von den in Schwarzdruck ausgeführten Reichsbanknoten zu 50 000 Mark mit dem Datum des 19. November 1922 ist eine Fälschung aufgetaucht, bei der das bei echten Noten auf der rechten Seite in das Papier eingestempelte Wasserzeichen — Eisenlaub und Kreuzdorn darstellend — fehlt oder mangelhaft nachgebildet und in der Durchsicht nicht oder nur schwach zu sehen ist. Die orangefarbenen, bei echten Noten in das Papier eingetragenen Fasern, sind durch ähnlich getönte Druckstriche, die sich mit einer Nadel vom Papier nicht abheben lassen, vorgefälscht. Vor Annahme dieser Nachahmung wird gewarnt. Mitteilungen, die zur Aufdeckung der Fälschungsmittel führen, werden unter Zusage strengster Verschwiegenheit gegenüber Dritten von der Fälschungsbekämpfung der Reichsbank, Berlin, Kurstraße 49 III, jederzeit entgegengenommen. Es sind hohe Belohnungen ausgesetzt.

Eine große Hamburg-Berliner Diebes- und Hehlbande wurde gestern von der hiesigen Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht. Ein in Hamburg bekannter Hehler namens Benfeld listete dort einen 17 Jahre alten Bureauboten Karl Müller, der bei einer Expedition beschäftigt war, an, einen Frachtbrief über 5 Kisten mit Messern im Werte von einer halben Million zu unterschlagen und ihn zu übergeben. Den Verkauf in Berlin besorgte eine ganze Bande von galgischen Schleichern. Von ganzen wurden bis jetzt 7 Personen festgenommen. Jeder hatte mehrere Millionen aus dem Erlös der in Hamburg verkauften Felle bei sich.

Brandinspektor Senbold †. Auf der Hauptfeuerwache in der Lindenstraße verstarb in der letzten Nacht um 1 Uhr an Herzschwäche unter den Händen der Feuerwehr der Brandinspektor Fritz Senbold, Baurat und Chef der ersten Kompanie der Berliner Feuerwehr.

Die Arbeitergemeinschaft der Kinderfreunde, Ortsgruppe Neukölln, veranlaßt am Sonntag, 8. April, nachmittags 2 Uhr, ein Kinderfest im Volkspark am Tempelhofer Feld. Geld- oder Sachspenden zur Verschönerung des Kinderfestes werden entgegengenommen bei: 1. Gehrke, Schillerpromenade 40; 2. Löwenstein, Rathaus, Vorzimmer, von 8-4 Uhr; 3. beim Hausmeister Drintor, Schule Mühlstraße.

Katastrophale Wirkung eines Wirbelsturms. Bei einem Wirbelsturm in Pineville, Pennsylvania (Vereinigte Staaten von Nordamerika), wurden gestern 14 Personen getötet und 50 verwundet. Zahlreiche Häuser sind zerstört.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Vielwolke Wetter, jedoch MW und vorübergehend härter demist bei frischen östlichen bis nordöstlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Freitag, den 6. April:

4. Kreis, Prenzlauer Berg, 8 Uhr: Sitzung der Funktionärinnen, Arbeiterwohlfahrts- und Kinderkassenkommission bei Frau. Prenzlauer Wiese 150.

5. Abteilung, Charlottenburg, 6 1/2 Uhr bei Pöhlchen, Ardenstraße 12a, Verbandssitzung.

Morgen, Sonnabend, den 7. April:

5. Kreis, Friedrichshagen, Arbeitergemeinschaft der Kinderfreunde, 6 1/2 Uhr bei Schmidt, Androsstr. 12, vom 2. Truppen, Sitzung aller Helferinnen und Kameraden.

Sport.

Brenzler schlägt Wiegert.

Am Schorlpalast kam es gestern bei dem lange erwarteten Kampfe um die Mittelgewichtskategorie zwischen Brenzler und Wiegert zu dramatischen Szenen. Bereits in der ersten Runde mußte Brenzler durch einen rechten Schlag Wiegerts zwischen den Seilen zu Boden gehen. Er erhob sich mühsam bei 8 und wurde von neuem in die Ecke getrieben. Aber auch Wiegert war insanken geraten. Der Gong war für beide die Rettung. In der zweiten Runde grüßte Wiegert ebenfalls zwei Treffer, die Brenzler unter starker Bewegung des aufgesetzten Kopfes zu Boden brachten. Aber Wiegert kann dem gewandten Gegner gegenüber keinen Sieg nicht ausnützen. Die dritte Runde bringt ein Verhalten der beiden Kämpfer aber schon ein kräftigeres Trauhen Brenzlers, das sich in der vierten Runde zeigt. Wiegert geht noch einem schweren Treffer zu Boden. Die fünfte Runde bringt noch schweren Schlägen Brenzlers, der sich jetzt ganz wieder erholt hat, die Umkleibung. Wiegert gibt er sich auf, da ein weiteres Standhalten keine unsichere Niederlage ergeben hätte. — Bei den Kämpfen vorher interessierte besonders Birgi-Raing, ein neuer Mann von guter Technik und tapferem Draufgehen, der Steffen-Düsseldorfer nach Punkten besiegte. Dreiopt-Düsseldorfer ließ Sieger über 3 1/2. Berlin, ebenfalls nach Punkten. Richardson-Berlin, der in der dritten Runde seinem Gegner Hendler unterlegen einen Ziel-schlag beibrachte, mußte disqualifiziert werden.

Devisenkurse.

	6. April		5. April	
	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Silber-) Kurs	Käufer- (Gold-) Kurs	Verkäufer- (Silber-) Kurs
1 holländischer Gulden . . .	8254.31	8295.09	8278.25	8320.75
1 argentinische Papier-Peso	7710.07	7749.83	7740.00	7779.40
1 belgischer Franc	—	—	1172.06	1177.94
1 norwegische Krone	5790.50	5809.50	5815.48	5834.52
1 dänische Krone	4092.46	4092.54	4019.92	4040.08
1 schwedische Krone	5571.03	5598.97	5690.96	5629.04
1 finnische Mark	568.58	569.42	574.55	577.44
1 japanischer Yen	9975.—	10025.—	9975.—	10025.—
1 italienische Lire	1047.87	1052.08	1047.87	1052.88
1 Pfund Sterling	97879.68	98870.82	97904.62	98895.88
1 Dollar	21022.31	21127.69	21079.66	21185.34
1 französischer Franc	1384.03	1390.97	1361.58	1363.42
1 brasilianischer Milreis	2194.50	2295.50	2194.52	2195.48
1 Schweizer Franc	3857.83	3877.17	3865.81	3884.69
1 spanische Pesta	3214.44	3230.56	3211.95	3228.05
100 österr. Kronen (abgek.)	—	—	29.67	29.98
1 tschechische Krone	626.92	630.06	628.42	631.58
1 ungarische Krone	—	—	4.80	4.84
1 bulgarische Lewa	—	—	189.15	189.90
1 jugoslawischer Dinar	—	—	209.47	210.53

